

**Inhaltsverzeichnis**

<b>Geleitwort</b> .....	<b>V</b>
<b>Vorwort</b> .....	<b>VII</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>IX</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	<b>XVII</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>XIX</b>
<b>Teil I Grundlagen der Untersuchung</b> .....	<b>1</b>
<b>A. Einleitung</b> .....	<b>1</b>
I. Problemstellung und Untersuchungsziel.....	1
II. Untersuchungsaufbau.....	5
<b>B. Charakteristika von Nahestehendenbeziehungen</b> .....	<b>6</b>
I. Fallgruppenübergreifende Merkmale.....	6
1. Diskrepanz zwischen rechtlicher Vielheit und wirtschaftlicher Einheit .....	6
2. Mögliche Tendenz zu Steuergestaltungen .....	8
a. Herleitung des Steuerminimierungsstrebens bei Netzwerken Nahestehender .....	8
b. Einkünfteverlagerung und Sphärenwechsel als Klassifizierungsmöglichkeiten des Steuerminimierungsstrebens .....	12
c. Notwendigkeit von Korrekturmaßnahmen .....	15
II. Fallgruppenspezifische Merkmale .....	18
1. Fallgruppe 1: Beziehungen zwischen natürlichen Personen .....	18
2. Fallgruppe 2: Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter .....	20
a. Konzern als einheitliches Unternehmen im wirtschaftlichen Sinn.....	20
b. Ursache der Konzernbildung: Neoklassische Sichtweise versus Neue Institutionenökonomik.....	22
<b>Teil II Herleitung eines Anforderungsprofils für Konzeptionen der Besteuerung des laufenden Ertrags von Netzwerken Nahestehender</b> .....	<b>29</b>
<b>A. Besteuerung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit</b> .....	<b>29</b>
I. Vermeidung von Doppel- und Minderbesteuerung .....	31
1. Relevanz der Vermeidung von Doppel- und Minderbesteuerung bei Netzwerken Nahestehender.....	31
2. Ursachen von Doppel- und Minderbesteuerung bei Netzwerken Nahestehender .....	33
II. Bemessung der individuellen Leistungsfähigkeit .....	34

<b>B. Zwischenstaatliche Verteilungsgerechtigkeit.....</b>	<b>37</b>
I. Sachgerechte Bestimmung der aufzuteilenden Ausgangsgröße .....	38
II. Sachgerechte Bestimmung des Maßstabs der Aufteilung.....	39
III. Erfordernis zwischenstaatlicher Abstimmung .....	41
<b>C. Ökonomische Anforderungen .....</b>	<b>42</b>
I. Notwendigkeit der Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse.....	43
1. Abkehr von einer formaljuristischen Betrachtung .....	43
2. Berücksichtigung von Synergieeffekten .....	45
3. Verrechnung von Verlusten .....	46
4. Vermeidung des Entstehens von Zwischengewinnen .....	48
5. Neutralität der steuerlichen Regelungen .....	50
II. Praktikabilität.....	51
III. Betriebswirtschaftliche Planungssicherheit .....	55
IV. Grenzen der Steuerplanung.....	57
1. Herleitung des Steuerminimierungsstrebens bei Nahestehendenverhältnissen .....	57
2. Möglichkeiten der Kategorisierung der Steuerplanung .....	59
<b>Teil III Entwicklung der Rahmenkonzeptionen der Selbständigkeit und der     Einheit .....</b>	<b>63</b>
<b>A. Konzeption der Selbständigkeit .....</b>	<b>63</b>
I. Grundgedanke der Konzeption der Selbständigkeit .....	63
II. Vorgehensweise bei der Abgrenzung der Einkünfte .....	66
1. Relevanz der subjektiven inneren Willensrichtung.....	66
2. Konkretisierung der Willensrichtung durch Abstellen auf objektivierte Elemente.....	67
a. Herleitung und Funktion des Fremdvergleichs .....	67
b. Konkretisierung der Bestandteile des Fremdvergleichs.....	72
(1) Zustandsbeschreibung auf Grundlage der Zweikomponentenregel.....	73
(2) Problematik der Ermittlung des Vergleichszustands .....	74
(3) Differenzierung zwischen tatsächlichem und hypothetischem Fremdvergleich .....	76
(4) Möglichkeit der Anwendung eines formalen Fremdvergleichs.....	79
<b>B. Konzeption der Einheit .....</b>	<b>81</b>
I. Grundgedanke der Konzeption der Einheit.....	81
II. Vorgehensweise bei der Abgrenzung der Einkünfte .....	85
1. Abgrenzung der Einheit .....	85
2. Ermittlung der Einkünfte des Netzwerkes .....	88
3. Mögliche Aufteilung des Gesamterfolgs .....	90
a. Zurechnung an einen der Beteiligten.....	90
b. Aufteilung zu gleichen Teilen .....	91

c. Formelhafte Gewinnaufteilung.....	92
(1) Funktionsweise .....	92
(2) Anforderungen an die Ausgestaltung der Formel.....	94
<b>C. Vergleich beider Rahmenkonzeptionen .....</b>	<b>96</b>
I. Fallgruppe 1: Beziehungen zwischen natürlichen Personen.....	96
1. Konzeption der Selbständigkeit .....	96
a. Problematik der Verlagerung von Einkünften.....	96
b. Problematik des Sphärenwechsels.....	97
2. Konzeption der Einheit .....	102
II. Fallgruppe 2: Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter.....	103
1. Besteuerung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.....	103
a. Vermeidung von Doppel- und Minderbesteuerung .....	103
(1) Konzeption der Selbständigkeit .....	103
(2) Konzeption der Einheit .....	106
b. Bemessung der individuellen Leistungsfähigkeit.....	108
(1) Konzeption der Selbständigkeit .....	108
(2) Konzeption der Einheit .....	112
2. Zwischenstaatliche Verteilungsgerechtigkeit.....	113
3. Ökonomische Anforderungen .....	117
a. Notwendigkeit der Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse .....	117
(1) Vergleich des beiden Rahmenkonzeptionen zugrunde liegenden Gedankens.....	117
(2) Vergleich der Berücksichtigung von Synergieeffekten .....	119
(3) Analyse der Erfüllung des Neutralitätserfordernisses.....	121
b. Praktikabilität .....	122
(1) Konzeption der Selbständigkeit .....	122
(2) Konzeption der Einheit .....	125
c. Betriebswirtschaftliche Planungssicherheit.....	128
d. Grenzen der Steuerplanung .....	129
(1) Konzeption der Selbständigkeit .....	129
(2) Konzeption der Einheit .....	132
<b>D. Zwischenfazit .....</b>	<b>134</b>
<b>Teil IV Entwicklung möglicher Reformansätze .....</b>	<b>137</b>
<b>A. Fortentwicklung der Rahmenkonzeptionen der Selbständigkeit und der Einheit.....</b>	<b>137</b>
I. Alternative A: Sachgerechtere Ausgestaltung der Konzeption der Selbständigkeit.....	137
1. Fallgruppe 1: Beziehungen zwischen natürlichen Personen.....	138
a. Vereinheitlichung von Maßnahmen der Vermeidung von Steuerminimierungsbestrebungen .....	138
b. Exakte Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Angehörigenvertragsregelungen.....	141
(1) Kriterium der verwandtschaftlichen Bindungen.....	142
(a) Bestehende Abgrenzungen des Familienbegriffs in der Rechtswissenschaft.....	142

(b)	Differenzierungsmöglichkeiten innerhalb des Kreises der Verwandten .....	143
(i)	Zusammenhang zwischen Verwandtschaftsgrad und Näheverhältnis .....	143
(ii)	Näheverhältnis einzelner Angehörigengruppen.....	144
(2)	Kriterium der Beziehungen rein tatsächlicher Art.....	150
2.	Fallgruppe 2: Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter .....	153
a.	Verstärkte Umsetzung einer leistungsfähigkeitsorientierten Besteuerung .....	153
(1)	Maßnahmen zur Vermeidung von Doppel- und Minderbesteuerung .....	153
(2)	Möglichkeit der Verbesserung der individuellen Leistungsfähigkeit durch Datenbankanalysen .....	158
b.	Verstärkte Erfüllung des Erfordernisses zwischenstaatlicher Verteilungsgerechtigkeit durch verbesserte Abstimmung bei der Ermittlung und Korrektur von Verrechnungspreisen.....	160
(1)	Charakterisierung des derzeit bestehenden Systems mangelnder internationaler Abstimmung .....	160
(2)	Notwendigkeit der Vereinheitlichung der Ausgestaltung der einzelnen Regelungen .....	164
(3)	Umsetzungsmöglichkeit durch grenzüberschreitend tätige Organisationen .....	166
c.	Verstärkte Umsetzung ökonomischer Anforderungen .....	169
(1)	Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse.....	169
(a)	Verbleibender Problembereich: Konzeptionelle Schwäche .....	169
(b)	Verbleibender Problembereich: Mangelnde Berücksichtigung von Synergieeffekten .....	170
(2)	Verbleibender Problembereich: Mangelnde Praktikabilität.....	172
(3)	Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Planungssicherheit durch handhabbare Ausgestaltung von Advance Pricing Agreements .....	174
(4)	Maßnahmen zur Eindämmung des Steuerminimierungsstrebens .....	177
II.	Alternative B: Fortentwicklung der Konzeption der Einheit.....	181
1.	Fallgruppe 1: Beziehungen zwischen natürlichen Personen .....	181
2.	Fallgruppe 2: Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter .....	185
a.	Verstärkte Umsetzung einer leistungsfähigkeitsorientierten Besteuerung .....	185
(1)	Maßnahmen zur Vermeidung von Doppel- und Minderbesteuerung: Vereinheitlichung bei der Umsetzung .....	185
(a)	Notwendigkeit harmonisierter Regelungen.....	185
(b)	Abstimmung hinsichtlich der Ermittlung der Bemessungsgrundlage .....	187
(c)	Gleichheit bei der Gewinnerlegungsmethode.....	189
(d)	Abstimmung hinsichtlich eines Informationsaustausches.....	191
(2)	Erhöhung der Verursachungsgenauigkeit der individuellen Leistungsfähigkeit.....	193
(a)	Stärkere Berücksichtigung der Verursachung der Gewinne durch ein differenziertes Formelsystem .....	193
(b)	Branchenspezifische Aufteilung.....	195

(c)	Verbleibender Problembereich: Allenfalls Annäherung an Verursachung möglich .....	197
b.	Verstärkte Erfüllung des Erfordernisses zwischenstaatlicher Verteilungsgerechtigkeit.....	198
(1)	Abstimmung im Rahmen einer übergeordneten Institution.....	198
(2)	Gerechtere Aufteilung durch Abstellen auf den Supply-Demand-Approach.....	203
(a)	Konzeption des Supply-Demand-Approaches .....	203
(b)	Kritische Betrachtung des Supply-Demand-Approaches.....	205
(3)	Abstellen auf eine Benefit-Formula.....	208
(4)	Verbleibender Problembereich: Einigung bei nicht-homogenen Wirtschaftsräumen .....	210
c.	Verstärkte Umsetzung ökonomischer Anforderungen .....	212
(1)	Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse.....	212
(a)	Analyse denkbarer Umsetzungskonzepte.....	212
(i)	Fiktive Fusion und steuerliche Integration .....	212
(ii)	Zurechnungskonzepte .....	215
(b)	Verbleibender Problembereich: Abgrenzung des Anwendungsbereichs nach wirtschaftlichen Kriterien.....	218
(2)	Praktikablere Ausgestaltung der Abgrenzungsregelungen .....	219
(a)	Verringerung des Errichtungsaufwands durch Vereinbarkeit mit bestehenden Regelungen.....	219
(b)	Praktikable Wahl der Formelemente: Abstellen auf den Supply-Approach.....	222
(i)	Praktikabilität des Supply-Approaches.....	222
(ii)	Ausgestaltung des Supply-Approaches .....	224
(iii)	Überprüfung des Supply-Approaches auf dessen steuersystematische Konformität .....	228
(c)	Verbleibender Problembereich: Anpassungsfähigkeit der Aufteilungsformel .....	229
(3)	Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Planungssicherheit durch Vornahme rechtlich eindeutiger Abgrenzungen der einzubeziehenden Teile.....	230
(4)	Maßnahmen zur Eindämmung des Steuerminimierungsstrebens .....	232
(a)	Angleichung der Steuersätze .....	234
(b)	Einsatz von nicht beeinflussbaren Faktoren.....	235
(c)	Verwendung von Throwback- und Throwout-Elementen.....	238
III.	Zwischenfazit: Ungeeignetheit beider Ansätze in Reinform .....	240
<b>B.</b>	<b>Entwicklung möglicher Kombinationen von Elementen beider Rahmenkonzeptionen.....</b>	<b>241</b>
I.	Alternative A: Fortentwicklung der Konzeption der Selbständigkeit durch Integration von Elementen der Konzeption der Einheit .....	241
1.	Verstärkte Umsetzung einer leistungsfähigkeitsorientierten Besteuerung.....	242
a.	Zulassen von Verlustverrechnung .....	242
b.	Zulassen von Zwischengewinneliminierungen .....	245
2.	Verstärkte Umsetzung ökonomischer Anforderungen.....	247

a.	Transaktionsbezogene Betrachtung mit gesamtgewinnbezogenen Verrechnungspreismethoden .....	247
(1)	Konzeption einer Verrechnungspreisbestimmung nach dem Profit-Split-Ansatz .....	247
(2)	Analyse möglicher Aufteilungsmaßstäbe .....	250
(a)	Bemessung nach Maßgabe des Beitrags des einzelnen Gliedes .....	251
(i)	Konzept des Funktionsnutzens .....	252
(ii)	Wertschöpfungsansatz .....	257
(iii)	Spieltheoretischer Ansatz .....	261
(b)	Vergleich mit Kennziffern anderer Unternehmen .....	264
(i)	Restwertansatz .....	264
(ii)	Gewinnvergleichsansatz .....	265
b.	Praktikablere Ausgestaltung: Poolkonzeption .....	267
c.	Anwendung der Einheitsbetrachtung in Ausnahmefällen .....	269
II.	Alternative B: Fortentwicklung der Konzeption der Einheit durch eine räumliche und sachliche Beschränkung .....	272
1.	Verstärkte Umsetzung einer leistungsfähigkeitsorientierten Besteuerung .....	274
a.	Erhöhung der Verursachungsgenauigkeit der individuellen Leistungsfähigkeit durch Vorwegzuweisungen (specific allocation) .....	274
(1)	Grundkonzeption .....	274
(2)	Abgrenzung der vorweg zuzuweisenden Einkünfte .....	275
(3)	Kritische Würdigung .....	278
2.	Verstärkte Erfüllung des Erfordernisses zwischenstaatlicher Verteilungsgerechtigkeit: Räumliche Begrenzung der Einheitsbetrachtung nach dem Water's-Edge-Prinzip .....	280
a.	Funktionsweise des Water's-Edge-Ansatzes .....	280
b.	Kritische Würdigung der Water's-Edge-Variante .....	284
(1)	Problembereich der Kollision von Selbständigkeits- und Einheitsbetrachtung .....	284
(2)	Problembereich des Erfordernisses einer Harmonisierung .....	286
c.	Abgrenzung des Anwendungsbereichs des Water's-Edge-Ansatzes bei Umsetzung in der EU .....	288
(1)	Nicht-EU-Einkommen von EU-ansässigen Gliedern .....	288
(2)	EU-Einkommen von nicht in der EU ansässigen Gliedern .....	291
3.	Verstärkte Umsetzung ökonomischer Anforderungen .....	292
a.	Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse durch eine prozessorientierte Gewinnaufteilung .....	292
b.	Praktikablere Ausgestaltung der Abgrenzungsregelungen durch Vermeidung eines Wahlrechtes der Einbeziehung .....	294
<b>Teil V</b>	<b>Zusammenfassung zentraler Ergebnisse und Ausblick .....</b>	<b>297</b>

---

<b>Anhang .....</b>	<b>301</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>311</b>
<b>Rechtsquellenverzeichnis.....</b>	<b>431</b>
<b>Rechtsprechungsverzeichnis .....</b>	<b>435</b>
<b>Verzeichnis der Verwaltungsanweisungen .....</b>	<b>443</b>